

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 26

Hamburg, den 25. Juni 1920

5. Jahrg.

Inhalt:

Die Entmündigung Deutsch-Österreichs	Seite 373	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:		Geld und Kapital	Seite 378
England	" 375	Schiffahrt und Schiffbau	" 381
Finnland	" 377	Rohstoffe und Warenmärkte	" 383
		Vermischtes	" 384
		Neueingänge	" 384

Die Entmündigung Deutsch-Österreichs

Am 1. 6. ist der Wiener Staatsregierung eine Note der Reparationskommission zugegangen, die Deutsch-Österreich offiziell unter die vollständige wirtschaftliche Vormundschaft der Alliierten stellt. Wie der Friedensvertrag von Versailles und St. Germain, ist dieses Schriftstück und das, was es bezweckt, ohne Beispiel. Die Reparationskommission wird danach die deutsch-österreichische Regierung ermächtigen, „Schatzscheine auszugeben, für die der Gesamtbesitz und Einnahmequellen Deutsch-Österreichs an erster Stelle, also insbesondere vor der Wiedergutmachungsschuld, haften werden“. Aber diese Begünstigung kommt in erster Linie den Alliierten selbst zustatten und ist nur eine Vorbedingung dafür, daß sich neutrale Staaten an den Hilfsaktionen der Alliierten für Mitteleuropa beteiligen können. Demgemäß sollen nach der Note Schatzscheine ausgegeben werden, erstens für die Ernährungskredite, die Deutsch-Österreich seit dem November 1918 gewährt wurden, zweitens für die Kredite, die ihm gegenwärtig gewährt werden. Die ersten Schatzscheine sind somit vor allem zur Deckung des bekannten 48-Mill.-Dollar-Kredites bestimmt, von dem Deutsch-Österreich bis zum Herbst 1919 gelebt hat und der formell von den drei europäischen alliierten Hauptmächten, tatsächlich aber von Amerika gewährt worden ist. Die zweiten dienen zur Deckung der 200 000 t Mehl, die Amerika jetzt liefert und die Deutsch-Österreichs Brotbedarf bis zum Herbst bestreiten, ferner für die Teilnehmer an der internationalen Kreditaktion, die jetzt im Zuge ist. An ihr beteiligen sich, abgesehen von Amerika, das mit seinem Mehl aushilft, England mit 10 Mill. £, Italien mit 100 Mill. Lire, Dänemark mit 12 Mill. dänischen, Norwegen mit 17 Mill. norwegischen, Schweden mit 10 Mill. schwedischen Kr, Holland mit 12,5 Mill. fl und die Schweiz mit 15 Mill. frs. Weitere neutrale Kredite dürften hinzukommen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Warenkredite. Jedes Land liefert solche Lebensmittel und Rohstoffe, an denen es selbst einen relativen Überfluß hat. So dürfte die Schweiz Kondensmilch, Holland Käse, Heringe, Zucker, Dänemark Vieh und Margarine usw. beistellen. Aber die genannten Summen beziehen sich keineswegs nur auf Deutsch-Österreich. Es wird sich darin mit Ungarn, Polen, der

Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Rumänien, den baltischen Staaten, Armenien und Georgien teilen müssen. Es ist somit wieder nur ein größeres Almosen, das für die einzelnen Länder abfällt, das ihnen ihre ärgste Not lindern hilft, aber zu ihrem Wiederaufbau nicht das geringste beiträgt.

Für die Zukunft sorgt die Note der Reparationskommission nur so weit vor, als sie in Aussicht stellt, daß „von Zeit zu Zeit“ solche Schatzscheine von der österreichischen Regierung mit Zustimmung der Reparationskommission für allfällige Kredite werden hingegeben werden. Von einem Kreditversprechen ist darin mit keinem Wort die Rede. Es wird nicht einmal gesagt, wer diese Schatzscheine „von Zeit zu Zeit“ übernehmen wird, vielmehr bleibt die Sorge um die Kreditbeschaffung weiterhin der deutsch-österreichischen Regierung überlassen und ihren Bemühungen wird nur die Unterstützung zuteil, daß solche Kredite in das Vorzugsrecht der Alliierten einbezogen werden können. Aber selbst dieses Zugeständnis wird noch dadurch einigermaßen entwertet, daß der Typ der Schatzscheine festgelegt ist. Sie müssen sechsprozentig und am 1. 1. 25 im Gelde des Gläubigerlandes rückzahlbar sein. Gerade ein langfristiger Kredit, den Deutsch-Österreich braucht, wird dadurch jedoch ausgeschlossen und es ist fraglich, ob ein sechsprozentiger Anleihetyp für ein Staatswesen mit zweifelhaftem Kredit unter den gegenwärtigen Geldmarktverhältnissen überhaupt in Frage kommen kann. Aber die Note der Reparationskommission bringt hiernach nicht nur keine Hilfe, sondern bedeutet für Deutsch-Österreich zunächst eine schwere neue Belastung. Denn ihr einziger positiver Inhalt ist die Ausgabe von sichergestellten kurzfristigen Schatzscheinen als Entgeld für bereits aufgezehrte Nahrungsmittel. Daß Deutsch-Österreich diese Anfang 1925 wird zurückzahlen können, glaubt die Reparationskommission wohl selbst nicht und es ist auch kaum möglich, daß der deutsch-österreichische Staatssekretär der Finanzen dafür Vorsorge trifft. Aber er muß in den Staatsvoranschlag wenigstens die laufenden 6 % Zinsen einstellen und das bedeutet, wenn man die in Frage kommenden Kredite mit 150 Mill. \$ annimmt, selbst bei dem gebesserten Kronenkurs einen Jahresaufwand von rund 1,5 Milli-

arden K. Das entspricht ziemlich genau dem veranschlagten Gesamtertrag sämtlicher in Beratung befindlicher neuen Steuern, durch die u. a. Einkommen und Besitz bis zu der in Deutschland geltenden Höhe belastet werden sollen!

Aber diese „Hilfe“ ist an folgende Bedingungen geknüpft: Die Reparationskommission kann die Kontrolle und Verwaltung der Monopole, Kunstgegenstände, des Besitzes des ehemaligen Kaiserhauses und von flüssig gemachten Aktiven verlangen, um Deutsch-Österreich die Lieferung der notwendigen Lebensmittel, Kohle und Rohstoffe zu sichern. Jede Veräußerung von öffentlichem Eigentum nicht nur des Staates, sondern auch der Länder und Gemeinden (!), sowie die Vergabung von öffentlichen Konzessionen und Monopolen darf nur mit Zustimmung der Reparationskommission erfolgen. Derartige Veräußerungen, die seit dem Waffenstillstand getätigt wurden, sind auf Aufforderung der Kommission als ungültig zu erklären. Die Regierung muß aber weiter auf Verlangen der Kommission Gesetze „zur Annahme bringen“, die sich auf die Veräußerung privaten Eigentums ins Ausland beziehen. Die Tragweite dieser Bedingungen ist kaum zu ermessen. Mit der ersten trifft die Kommission den bisher aufrechten Kredit der Gemeinden, und die Gemeinde Wien hat in einer Denkschrift an den Staatskanzler auch bereits dagegen Vorstellungen erhoben. Mit der zweiten kann die Entente den Ausbau der Wasserkräfte, die Auswahl der Konsortien, ja den ganzen Außenhandel unter ihre Kontrolle stellen. Aber nicht genug damit soll die österreichische Sektion der Reparationskommission das Recht erhalten, „in dem Maß als dies wünschenswert erscheinen wird“, die Einhebungen von Steuern und sonstigen Einkünften der österreichischen Regierung in die Hand zu nehmen und zu beaufsichtigen, ebenso die Verwendung der so erzielten Einnahmen. Sie wird bei der österreichischen Regierung Vorstellungen erheben, um die „strikteste Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung zu sichern“. Die Note schließt mit der Mitteilung, daß „die österreichische Sektion sofort die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Deutsch-Österreichs untersuchen und einen Gesamtplan für dessen Wiederaufrichtung ausarbeiten wird, um die im Frieden von St. Germain vorgesehenen Reparationen zu sichern“.

Wie weit die Reparationskommission von diesen Befugnissen Gebrauch machen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig steht auch noch die Antwort der Wiener Regierung auf die Note aus und es ist zur Stunde noch nicht klar, wer sie beantworten wird, da inzwischen (nicht zuletzt infolge der Entente-Note) eine schwere Regierungskrise ausgebrochen ist. Nur soviel scheint festzustehen, daß diese Note die letzten Hoffnungen auf einen wirklich ausgiebigen Kredit, der Deutsch-Österreich wenigstens einige Zeit über Wasser halten und ihm die Inbetriebsetzung seines industriellen Apparates gestatten würde, zerstört, was übrigens angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Alliierten selbst nur diejenigen überrascht, die Deutsch-Österreich im Mittelpunkt des Weltinteresses geglaubt haben. An einen einseitigen Widerstand gegen die Vorschriften der Alliierten ist natürlich unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken und deshalb wird Deutsch-Österreich die Kuratel der Reparationskommission so lange ertragen müssen, bis die Alliierten selbst einsehen, daß sie sich eine unmögliche Aufgabe zugemutet haben. Daß freilich in der Zwischenzeit eine derartige Siegerkontrolle die bedenklichsten innerpolitischen Folgen haben, daß sie mit den Verpflichtungen gegen den Staat auch die letzten moralischen Elemente zersetzen und den Bolschewismus großzüchten muß, da eine gesetzliche Kritik oder Opposition im parlamentarischen

Staate zwecklos geworden ist, das sind allzu begründete Befürchtungen.

Inzwischen hat sich mit der fortschreitenden Jahreszeit das allgemeine wirtschaftliche Bild, das im Winter katastrophal war, etwas freundlicher gestaltet. Die Lebensmittelversorgung ist durch die amerikanischen Sendungen und durch Regierungskäufe für die nächsten Monate wenigstens gesichert, und das hat auch manche bisher zurückgehaltene Vorräte der Bauern, namentlich an Kartoffeln, auf den Markt gebracht. Außerdem scheint die Gemüseernte sehr reichlich zu werden, und die Besserung der Valuta hat zum erstenmal seit Jahren einen, allerdings bescheidenen, Preisrückgang auf den Lebensmittelmärkten erzeugt. Aber es muß ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Marktberichte, die von einer geschickt arbeitenden Propaganda für den „freien Handel“ ausgegeben werden, einigermaßen irreführend sind. Der scheinbare Überfluß, der sich an einigen Tagen auf den Wiener Märkten gezeigt hat, ist ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung erschöpft ist. Einen reicheren, einigermaßen normalen Massenbedarf hätten die angebotenen Nahrungsmengen nur zu einem kleinen Bruchteil gedeckt. Statt dessen blieben noch große Mengen von Gemüse, Fett und Fleisch unverkauft. Der größere Teil der Wiener Bevölkerung läßt jetzt bereits seine amtliche Fleischration verfallen. In manchen Gebirgsgegenden ist sie nicht einmal mehr in stande, immer die Brot- und Mehration zu bezahlen, obwohl diese ungefähr zu einem Drittel des Weltmarktpreises abgegeben wird. Auf der anderen Seite haben die Löhne, Frachten und Materialkosten bereits eine Höhe erreicht, daß auch in Deutsch-Österreich die Konkurrenzfähigkeit zahlreicher Industriezweige auf dem Weltmarkt unter den gegenwärtig eingeschränkten Produktionsverhältnissen mit der Besserung der Valuta gefährdet ist. Die Krone, die lange Zeit von der Erholung der Mark unberührt war, hat sich in den letzten Wochen in Zürich von 2,70 auf 4 gehoben (gegenüber einem Tiefstkurs von 1,50). Eine wesentliche Erleichterung für den inländischen Verbrauch bedeutet das deshalb nicht, weil sich gleichzeitig die Spannung zwischen der deutsch-österreichischen Krone einerseits und der Mark und tschechischen Krone andererseits erhöht hat und der weitaus größte Teil des deutsch-österreichischen Einfuhrbedarfes aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei gedeckt wird. Eine fühlbare Verbilligung der Massenartikel des Verbranches ist daher fast nirgend eingetreten, wenn auch im Großhandel ähnliche Absatzstockungen wie in Deutschland sich fühlbar machen. Auch leidet mit der Verteuerung der Krone der Export, der hauptsächlich selbst nach Ländern mit schwächerer Valuta (wie vor allem nach Italien) gerichtet war. Aber das alles kann in Deutsch-Österreich nicht solche Dimensionen annehmen wie in Deutschland, weil hier die Produktion infolge Rohstoff- und vor allem Kohlenmangels bisher noch gar nicht recht in Gang gekommen ist und sich daher nirgends große Lagerbestände angesammelt haben, weshalb auch die Absatzstockung kaum irgendwo krisenhafte Formen angenommen hat. Zum Teil wirkt dem auch entgegen, daß seit einigen Wochen die Kohlenversorgung etwas reichlicher geworden ist, indem das vereinbarte Mindestkontingent von der Tschecho-Slowakei und Polen zu etwa vier Fünftel, von Deutschland vollständig geliefert wird. Damit ist allerdings noch immer erst etwa 40 % eines eingeschränkten Normalbedarfes gedeckt. Immerhin sind wenigstens die Staatsbahnen in der Lage, auf den wichtigsten Strecken einige Schnellzüge in der Woche gehen zu lassen, den Sonntagsverkehr in beschränktem Umfang wieder aufzunehmen und die Wiener Elektrizitätswerke können bescheidene Vorräte

für den Herbst und Winter ansammeln. Dagegen bleibt die Industrie weiter auf eine Mindestmenge angewiesen, die eine rationelle Arbeit ungeheuer erschwert. So hat die Alpine Montangesellschaft noch immer bloß einen Hochofen (von sieben) in Betrieb. Infolgedessen fehlt es der ganzen metallverarbeitenden Industrie, obwohl sie mit Aufträgen überreichlich versehen ist, an Halbfabrikaten, oder es müssen Roheisen und Walzware trotz der enormen Kosten aus dem Ausland, zumal aus Böhmen und Mähren eingeführt werden. Der Material- und Kohlenmangel macht sich dabei umso schwerer fühlbar, als mit dem bevorstehenden Inkrafttreten des Friedensvertrages einige große niederösterreichische Werkanlagen, die bisher noch für die Nationalstaaten Kriegsmaterial geliefert haben, diese Erzeugung einstellen müssen und ausschließlich auf die neu aufgenommenen Fabrikationszweige angewiesen sind, die gerade in der ersten Zeit überall an und für sich mit beträchtlichem

Risiko verbunden sind. So verlegt sich die große Hirtenberger Patronenfabrik auf die Erzeugung von Schreibmaschinen, die Enzesfelder Munitionsfabrik auf die Lokomotivreparatur und die Erzeugung von Stahlguß, die Anlagen der Patronenfabrik Keller werden zur Erzeugung von Werkzeugmaschinen verwendet, die große Patronenfabrik Roth hat den Motor- und Maschinenbau aufgenommen: Es ist keine geringe Erschwerung des industriellen Wiederaufbaues Deutsch Österreichs, daß in ihm und zwar gerade in Wien und Niederösterreich der größte Teil der Kriegsindustrie des früheren Österreich-Ungarn konzentriert ist; die während des Krieges natürlich eine ungeheure Ausdehnung erfahren hat und deren Umstellung nun unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen vorgenommen werden muß, die die Ausnützung ihrer riesigen Anlagen nur zu einem Bruchteile gestatten.

Wien, 12. Juni 1920.

Dr. Gustav Stolper

England

Krassins Verhandlungen

Schon seit über einem Jahr sind von englischer Seite Versuche gemacht worden mit Sowjetrußland in Handelsbeziehungen zu treten. Verschiedene Gründe wurden hierfür von seiten der englischen Regierung angegeben, vor allem der, daß es notwendig sei, die reichen Nahrungsmittelvorräte Rußlands dem unter der Teuerung leidenden englischen Volke zu erschließen. Die Verhandlungen wurden bald direkt geführt, bald durch Handelshäuser oder Handelsvertreter; erinnert sei in diesem Zusammenhang hier an die englischen parlamentarischen Kommissionen in Moskau, an die Bestrebungen der Cooperative Wholesale Society und an die Errichtung von Bankfilialen in den Nachbargebieten der russischen Republik, auf die jeweils in dieser Zeitschrift hingewiesen wurde. Aber ein größerer handelspolitischer Erfolg ist, soweit man von hier beurteilen kann, niemals erzielt worden. Von den Dampfern der Cooperative Wholesale Society ist es verdächtig ruhig geworden; den englischen Gesandtschaften in Moskau ist es allem Anschein nach nicht gerade günstig ergangen; über die Privattätigkeit einzelner Handelshäuser läßt sich ein Urteil schwer fällen. Aber war es denn überhaupt möglich Erfolge zu erzielen? War denn die Anknüpfung von Handelsbeziehungen tatsächlich das Ziel oder verfolgte man nicht andere Zwecke? Wir glauben das letztere. England befindet sich seit Jahren tatsächlich im Krieg mit Rußland. Verhandlungen, die man mit Staaten führt, mit denen man im Krieg liegt, pflegt man als Friedensverhandlungen zu bezeichnen, nicht als Verhandlungen zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen. In vielen Fällen mag das Aufnehmen der Handelsbeziehungen das letzte Ziel sein, hier ist aber die Sache bedeutungsvoller. Es handelt sich darum, ein neues Regierungssystem anzuerkennen, das nach weit verbreiteter Anschauung für Westeuropa große, ja die größten Gefahren in sich birgt. Es mag sein, daß die Anerkennung dieses neuen Systems dazu führen soll, später einmal Rußland zu erschließen, aber es ist kaum anzunehmen, daß Lloyd George für die nächste oder nähere Zukunft aus dem Handelsverkehr wesentliche Vorteile für die Versorgung Englands mit Rohstoffen erwarten kann. Unseres Erachtens dürfte vielmehr Lloyd George diese Verhandlungen nur deshalb als Handelsbeziehungen bezeichnen, um zu verschleiern, daß es seinem Régime vorbehalten geblieben ist, seit langer Zeit zum ersten Mal in der englischen Geschichte einen Krieg zu verlieren,

denn tatsächlich hat England den Krieg verloren und holt sich heute noch Niederlage auf Niederlage.

Betrachten wir um dieses zu beweisen, den Gang der politischen Geschichte etwas genauer. Seit dem Rückzug der zuletzt aufs äußerste bedrängten englischen Truppen in Nordrußland hat sich die Regierung weniger auf eigene Unternehmungen eingelassen als darauf, Verbündete in den Kampf zu setzen, und sie im Stich zu lassen, wenn es ihnen anfängt schlecht zu gehen, und es nötig wird das eigene Prestige zu wahren. In diesem Sinne ist das gescheiterte finnische Abenteuer zu verstehen, der klägliche Zusammenbruch Denikins, die polnische Offensive, deren Ausgang schon heute nicht mehr zweifelhaft sein dürfte, endlich und neuerdings das Zurückgehen der englischen Truppen aus Persien (es ist abzuwarten, was aus den aus Indien herbeigeschafften Verstärkungen werden wird. Viel Hoffnung wird man auf sie nicht setzen können!) Seit langer Zeit traten in Persien zum ersten Mal wieder englische Truppen dem Bolschewismus entgegen. Kein Wunder, daß hier das englische Interesse größer ist: Im Vorgehen gegen Persien, das den Bolschewismus nicht als marxistischen, sondern als nationalen mit Begeisterung aufgenommen zu haben scheint — der bolschewistische Nationalismus trifft sich hier mit dem türkischen und mohammedanischen! — wie gegen Turkestan und Afghanistan geht Sowjetrußland zu einer Offensive über, die schon oft versucht, aber noch nie zur Ausführung gelangt ist: Es droht England in seinem verwundbarsten Teil zu treffen, in Indien: und der nationale religiöse Charakter, den der Bolschewismus hier bekommen hat, bewirkt, daß diese Offensive, durch den Fanatismus der einheimischen Bevölkerung unterstützt wird, und daher Erfolg verspricht. — In diesem Augenblick versucht Lloyd George von neuem die „Handelsbeziehungen mit Rußland“ zu fördern!

Mit dem größten Argwohn und dem größten Mißtrauen werden diese ganzen Unterhandlungen von Frankreich beobachtet; mit Recht erkennt man dort, daß es Friedensverhandlungen sind, sieht, daß England Polen aufgibt, und gerade von der Existenz Polens hatte man in Frankreich viel gehofft. Dort fürchtet man deutsche Revanche für den Versailler Frieden, man weiß oder nimmt an, daß das eigene Land so gelitten hat, daß es zum Widerstand unfähig ist, falls Deutschland sich erholen sollte (was man befürchtet), und

man sucht in einem starken Polen eine Rückendeckung gegen uns. Weil England dies starke Polen dem russischen Bolschewisten aufopfert, und zwar ohne jede Rücksichtnahme auf französische Interessen, macht man diesen Verhandlungen alle erdenklichen Schwierigkeiten, aber Lloyd George läßt sich dadurch nicht beirren.

Seit Anfang Juni weilt Krassin in London und unterhandelt mit Lloyd George, Bonar Law, Curzon, Balfour, Chamberlain u. a. Daß seine Vorschläge dem Obersten Rat mitgeteilt und besprochen werden, daß er auch mit diesem selbst verhandelt, ist bekannt. Seine Forderungen lauteten auf Aufhebung der Blockade, auf die Ernennung russischer Handelsbevollmächtigter in den mit Rußland Handel treibenden Ländern, endlich dahin, daß die Alliierten ihren Einfluß auf Polen zur Geltung brächten, um es zur Einstellung der Feindseligkeiten zu zwingen. Demgegenüber forderte Lloyd George: Freilassung der Zivilgefangenen, sowie der Militärgefangenen, und die Einstellung der bolschewistischen Propaganda in England — von Frankreichs Interessen erwähnte man nichts. Daneben wurde verhandelt über die Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Rußland; Frankreich protestierte: dies sei eine Anerkennung Sowjetrußlands. Die offiziellen Verhandlungen auf diesem Gebiet scheinen infolgedessen unterbrochen zu sein, doch unterhandelt Litwinoff mit der Great Northern Telegraph Co. über die Wiederaufnahme des Telegrammverkehrs mit Sowjetrußland auf den beiden Privatkabeln der Gesellschaft. Die Verhandlungen, die die Überwachung des Handels mit Rußland durch das Board of Trade bezweckten, sind ebenfalls offenbar infolge des französischen Widerspruchs aufgegeben worden, doch steht es seit kurzem den englischen Kaufleuten frei, wie den Kaufleuten aller Staaten, mit Rußland Handel zu treiben. Viel gesprochen worden ist über die Frage, was Rußland zu geben in der Lage sei; man fordert Ware gegen Ware. Krassin hat Gold angeboten.

Der russische Goldbesitz wird vom „Manchester Guardian“ auf 30 Mill. £ geschätzt, doch gibt es hierüber sehr abweichende Schätzungen. Die französische Regierung hat Einspruch dagegen erhoben, weil das Gold den Besitzern von Staatspapieren verpfändet sei; ob diese Behauptung zu recht besteht, ist schwer nachzuprüfen. Der Umstand, daß dem englischen Kaufmann ohne Aufsicht des Board of Trade der Handel mit Rußland überlassen ist, bewirkt, daß die Frage an Bedeutung verliert. Es wird ihm überlassen bleiben, wie er sich bezahlen läßt, ob es ihm möglich sein wird, die großen Holzbestände des Landes auszuschlachten, oder ob es ihm gelingt, Korn, Flachs oder Hanf als Entgelt heimzuführen, oder ob er doch von Krassin Gold bekommt. Eine große Menge des gelben Metalls soll bereits zu Zahlungszwecken in Dänemark deponiert sein. Nach Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ soll Krassin schon große Mengen Chemikalien angekauft und einer englisch-amerikanischen Gesellschaft die Konzession zum Bau der Eisenbahn von Reval nach Moskau übertragen haben. In letztgenanntem Fall soll die Bezahlung durch Holzkonzessionen erfolgen.

Die Krassinschen Friedens-Verhandlungen sind noch keineswegs zum Abschluß gelangt; sie dürften noch von sehr langer Dauer sein; wie alle Friedensverhandlungen werden auch sie stark durch die Wechselfälle des russisch-polnischen und russisch-persischen Kriegsschauplatzes beeinflusst.

In England lehnt man die Verhandlungen von konservativer Seite ebenso energisch ab, wie man sie in Arbeiterkreisen wünscht und fordert. Bewußt hemmen die Gewerkschaften und ein erheblicher Teil der Liberalen Englands die Lloyd Georgesche Politik, des Kampfs gegen Rußland und sie setzen, ganz bewußt, dabei einen erheblichen Teil der Früchte auf das Spiel, die ihnen der Sieg gegen Deutschland reifen ließ: die unbedingte Suprematie im Nahen Osten und die Umwandlung des russischen Reichs in ein auszubeutendes Kolonialreich. Diese Kreise des englischen Volkes lassen sich offenbar durch die Ideale der Gleichberechtigung aller Nationen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker leiten, die so oft in der englischen Presse und von englischen Staatsmännern proklamiert worden sind, von deren Verwirklichung in der englischen Politik man aber bisher nichts gemerkt hat. Jetzt fordert das englische Volk, daß dem russischen diese Rechte zugestanden werden und die Arbeiterschaft greift zu den Mitteln der „Direct Action“, um diese Forderung auszudrücken: Der Streik der Eisenbahnbeamten in Irland, die Weigerung der Arbeiter Munitionstransporte und überhaupt Transporte nach Polen zu befördern, sind Beispiele dieser Art. Dabei erhalten alle diese revolutionären Akte eine sehr gefährliche Färbung durch die Verquickung von irischem Nationalismus mit russischem Bolschewismus und englischen Gewerkschaftsidealen.

Man ist geneigt die Fragen aufzuwerfen: benutzt Lloyd George diese Auflehnung seines Volkes gegen die Politik des Kampfes gegen Rußland, als Vorwand, um sich aus der heiklen Affäre zu ziehen, oder fühlt er sich wirklich durch sie zu den Friedensverhandlungen genötigt? Und weiter: ist dies Auflehn gegen die kriegserische Politik tatsächlich durch die genannten Ideale hervorgerufen, oder ist das Aufleben und Emporflammen dieser Ideale, ähnlich wie in Deutschland zur Zeit des Zusammenbruchs, erst eine Folge der Resignation, die aus der Niederlage gegenüber Sowjetrußland resultiert? Beide Fragen sind schwer zu beantworten. Es ist sicher richtig, daß Lloyd George froh ist, einen Vorwand zu haben, Friedensverhandlungen zu beginnen. Es ist ferner aber auch sicher, daß die inneren Zwistigkeiten in England von ernster Bedeutung sind. Dagegen ist es meines Erachtens nicht anzunehmen, daß die Niederlage zu der Auflehnung des englischen Volkes gegen den Kampf mit Rußland führt, denn in England empfindet man die Niederlage noch nicht als solche. Wohl aber ist man des langen Krieges müde. Im Kampf gegen Deutschland waren die Nerven bis zum äußersten angespannt worden, und sind noch erschöpft. Es kann daher Lloyd George nicht gelingen, das englische Volk zu einem erneuten gewaltigen Ringen gegen Rußland aufzurufen. So kann man auf der einen Seite die Niederlage gegenüber Rußland, die für ganz Europa verhängnisvoll werden kann, als eine Folge des Pyrrhussieges gegen Deutschland bezeichnen; auf der anderen Seite aber tritt die Erschöpfung nicht in dem Wunsch nach Weltherrschaft zu tage, sondern nach Weltfrieden, und bewirkt, daß die Lehren der wenigen Einsichtigen wieder zur Anerkennung kommen, die seit jeher betont haben, daß in der Freundschaft der Nationen, nicht in ihrer Feindschaft, die wahren Grundlagen des Fortschrittes zu suchen sind.

Dr. Th. Plaut

Finnland

Das Holzausfuhrgeschäft und seine Grundlagen

Die finnländische Handelsstatistik weist für die Jahre 1913—19 folgende Holzausfuhren aus:

Maß	Mengen				Wert in 1000 F.M.		
	1913	1918	1919	1919	1913	1918	1919
Unbearb. Holz 1000 cbm		29	324		643	11 904	
Gruben- und Papierholz 1000 „	2851	7	457		31 152	313	12 364
Behau. u. teilw. gesägt. Holz 1000 „	321	8	56		7 750	701	7 217
Gesägt. u. halb veredlt. Holz 1000 „	4210	268	2757		175 667	22 029	473 619
Brennholz 1000 „	1066	142	22		4 266	4 014	963
Fertig verarbeitetes Holz 100 t	151	21	92		8 504	3 115	13 188
Birkenknüppel 1000 cbm	36	0,04	7	?	6	1 646	
Fadenrollen 100 t	113	39	48	?	15 036	33 155	
Gesamtwert in Mill. F.M.		227,3	45,9	554,1			

Im ersten Vierteljahr 1920, also noch vor Beginn der eigentlichen Verschiffungsperiode, die von Mai bis Dezember rechnet, wurden für 17,2 Mill. F.M. Holzwaren ausgeführt (1919: 6,3 Mill. F.M.). In den Kriegsjahren ist die Ausfuhr dauernd derart zurückgegangen, daß schließlich 1918 trotz der erheblichen Steigerung der Durchschnittspreise der Ausfuhrwert nur noch ein Fünftel der Friedensausfuhr ausmachte. Mit dem Jahre 1919 stiegen wieder die Ausfuhrmengen und in noch stärkerem Maße die Wertzahlen, so daß der Ausfuhrwert von 1913 sich mehr als verdoppelte.

Die Produktion an Sägereierzeugnissen belief sich in den Vorkriegsjahren in Finnland jährlich auf etwa 800 000 Standards*). Trotz eines gewaltigen Rückganges der Produktion in den Kriegsjahren stauten sich infolge der Unmöglichkeit des Absatzes die Lagerbestände immer mehr; sie wurden jeweils am Jahreschluß geschätzt auf 1000 Stds:

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
2-300	400	600	800	900	1000	900.

Endlich im Laufe des Jahres 1920 konnte der größte Teil der Lagerbestände abgesetzt werden. Am 1. 6. wurden ca. 285 900 Stds als verkauft gemeldet.

Die Verteilung der finnländischen Holzausfuhr auf die wichtigsten Absatzländer vor dem Kriege zeigen folgende Zahlen für 1913 (in Mill. F.M.):

England.....	66,8	Holland.....	19,0	Schweden.....	8,1
Deutschland..	32,1	Rußland.....	18,4	Dänemark....	7,1
Frankreich...	36,0	Belgien.....	17,2	Norwegen....	1,6

Die Zahlen für 1914 lassen bereits die Wirkungen der politischen Umwälzung erkennen. In den Jahren 1915 bis 17 wurde nur nach Rußland, in geringem Maße auch nach Schweden ausgeführt. 1918 traten dann zuerst Deutschland, später England, Dänemark usw. wieder als Käufer auf. Im Jahre 1919 waren die Hauptabnehmer: England, Frankreich, Dänemark, Holland, Belgien. Diese Länder werden auch wohl in diesem Jahre den Hauptteil der finnländischen Holzausfuhr übernehmen.

Die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem europäischen Holzmarkte liegen für die Holzüberschußländer recht günstig. Die Gesamtsumme der Holzausfuhren ist durch den Krieg ganz beträchtlich vermindert. Rußlands Grenzen sind undurchdringlich; die Versorgung des großen Landes selbst ist durch die zum Dauerzustand gewordene Arbeits- und Transportkrise nur unvollkommen. Die baltischen Randstaaten und Polen befinden sich in einem solchen

Zustand wirtschaftlicher Desorganisation, daß an Holzausfuhr großen Stiles für dieses Jahr und auch für das kommende wohl kaum zu denken ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den österreich-ungarischen Nationalstaaten, welche vor dem Kriege bedeutende Holzüberschüsse an das Ausland abgaben. Nur die skandinavischen Länder haben ihre Holzausfuhr fast in vollem Umfang aufrechterhalten. Norwegen exportierte (in 1000 cbm):

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
1044	951	1372	1385	910	653	877

Diese Zahlen bleiben hinter den finnländischen Ausfuhrzahlen weit zurück. Hauptabnehmer der norwegischen Ausfuhr ist England, das in einzelnen Jahren bis zu $\frac{9}{10}$ aufnahm. Der hervorragendste Konkurrent Finnlands ist Schweden, dessen Ausfuhr sich stellte auf 1000 Stds:

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	(Finnl. 1919)
1096	872	1078	1169	666	721	911	463)

Die Verteilung dieser Ausfuhr auf die Haupteinfuhrländer änderte sich im Laufe der Jahre wie folgt (in 1000 Stds):

1913	{ England..... 350	1919	{ England..... 489
	{ Deutschland.. 198		{ Frankreich... 106
	{ Frankreich... 130		{ Holland..... 54

Das Holzausfuhrgeschäft der skandinavischen Staaten ist im Kriege durch Einfuhrverbote, U-Bootkrieg, Tonnagemangel und durch die allgemeine wirtschaftliche Krise beeinträchtigt worden, ist jetzt aber in aufsteigender Bewegung und nähert sich im Vorkriegsstande. Aus Schweden sind jetzt bereits ca. 750 000 Stds verkauft, d. h. etwa $\frac{1}{4}$ der Jahresproduktion.

Günstig verläuft das Ausfuhrgeschäft Skandinaviens und Finnlands nach Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark, welche alle, arm an eigenen Beständen, auf skandinavische Einfuhr angewiesen sind, denn die Verwirklichung solcher Pläne, wie die der Ausnützung der afrikanischen Kolonialwälder, wird noch lange Zeit auf sich warten lassen.

Grundlegend für die Holzausfuhr Skandinaviens und Finnlands bleibt der englische Markt. England war in den Kriegsjahren wegen der Schiffsraumknappheit in großen Schwierigkeiten, da es sich fast ausschließlich durch Einfuhr versorgt. Im Januar dieses Jahres hat die Regierung die letzten der von ihr bereit gehaltenen Holzbestände (ca. 300 000 Stds) abgestoßen; seitdem ist der Holzmarkt frei, und die Kauflust der Importeure ist bedeutend gestiegen.

Auf dem englischen Markt konkurrieren mit Skandinavien und Finnland die Vereinigten Staaten und Kanada. Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Konkurrenten zeigt folgende Übersicht über die Herkunft der wichtigsten Position der englischen Holzeinfuhr, des Fichtenholzes. Einfuhr von gesägtem und gespaltenem Fichtenholz (1000 Loads *):

	1914	1916	1918	1919
Gesamteinfuhr.....	4050	3329	1373	4295
davon aus Rußland.....	1707	638	66	1013
„ „ Schweden.....	1045	1394	734	1490
„ „ Norwegen.....	123	259	308	269
„ „ Vereinigte Staaten.....	360	243	117	413
„ „ Kanada.....	785	760	141	1101
„ „ anderen Ländern.....	29	6	7	10

Schweden spielt jetzt die Hauptrolle. Kanada rückte während des Krieges an die zweite Stelle, auch die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist im Wachsen, die Einfuhr aus Rußland sank bis 1918 auf ein Minimum, bei der Einfuhr des Jahres 1919 aus Rußland wird es sich lediglich um Einfuhr aus

*) 1 Standard Rundholz = 165 engl. cbf = 4,672 cbm.
1 „ behauenes Holz = 120 „ „ = 3,398 „
1 „ Bretterware = 150 „ „ = 4,247 „

*) 1 Load = 50 engl. cbf = 1,42 cbm.

Finnland handeln, welches Land in der englischen Statistik noch nicht gesondert aufgeführt wird.

Die Entwicklung des Holzfrachtenmarktes ist der finnländischen Holzausfuhr nach den langen Jahren der Kriegssperre nicht besonders günstig, wenn auch dadurch die Ausfuhr nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Die Holzausfuhr wird hauptsächlich durch schwedische und englische Dampfer und kleine finnländische Segelfahrzeuge vermittelt. Um sich einen festen Schiffsraumzugang zu sichern, schlossen im vergangenen Jahre der Verein der englischen Holzimporteure, die Timber Trades Federation, und der schwedische Reederverein ein Abkommen, demzufolge diese einen fest begrenzten Schiffsraum zu festen Frachtsätzen zur Verfügung stellten (vgl. „W.-D.“ 1919, Nr. 40, S. 753). Auch in diesem Jahre sind bereits Verhandlungen über ein solches Abkommen geführt worden, die jedoch an dem Widerstand der schwedischen Regierung, welche eine so umfangreiche Bindung der schwedischen Handelsflotte mißbilligt, gescheitert sind. So bleiben also vorerst die unliebsamen Zustände, die durch das lange Warten der Schiffe in den englischen Kohlenhäfen auf Kohlenrückfracht entstehen, unregelt.

Auch im laufenden Jahre zeigen die Frachtsätze keine Tendenz zum Sinken; es werden Frachtverträge zu etwa 200 Kr f. d. Std. Mittelfinnland-ECCP *) abgeschlossen.

Bei der Beobachtung der Preisentwicklung auf dem Holzmarkte können wir von den Angaben der Kommersiella Meddelanden, Stockholm, ausgehen; diese amtliche Zeitschrift berechnet folgende Monatsdurchschnittspreise für den Standard Fichtenbretter ($2\frac{1}{2} \times 7$ o/s) ab Härnösand in Franken (zum Parikurse von 72 Kr), welche sehr übersichtlich das Steigen der Preise erkennen lassen:

Jan. 1916	Jan. 1917	Jan. 1918	Jan. 1919	Jan. 1920	April 1920
335	445	420	580	765	805

Dieser Preisbewegung laufen die Preise in Finnland parallel, sind jedoch im allgemeinen etwas niedriger. Kostete der Standard 7" Battens im Sommer 1919 in Schweden etwa 23 bis 24 £, so kostete er in Finnland 19—20 £.

Ein Vergleich der Mengenzahlen der finnländischen Holzausfuhr mit den Wertzahlen zeigt die Preissteigerung der letzten Jahre. Bei einer Gesamtausfuhrmenge von ca. 500 000 Stds und einem Gesamtausfuhrwert von ca. 5 Mill. F.-M. ergibt sich ein Durchschnittspreis von 1000 F.-M. für 1 Std im Jahre 1919.

*) Abkürzung für „East coast coal ports“.

Im laufenden Jahre sind die Preise noch weiter gestiegen; sie betrugen im letzten Monat durchschnittlich für 1 Std 7" Battens über 30 £.

Die Produktionskosten sind natürlich infolge der Steigerung der Lebenskosten und der Arbeitslöhne in allen Holzausfuhrländern sehr hoch gestiegen. Bei der Größe und Dringlichkeit der Nachfrage kann von einem konkurrierenden Preiskampfe der Holzausfuhrländer natürlich nicht die Rede sein. Zu diesen Umständen tritt noch die allgemeine Entwertung aller Valuten hinzu. Weiter ist für Finnland insbesondere als preiserhöhendes Moment die Einführung von Ausfuhrzöllen auf Holz (vgl. „W.-D.“ 1919, Nr. 28, S. 533) zu erwähnen. Valutaschwache Länder, wie Deutschland und die Länder der Frankenwährung, müssen sich natürlich in ihrer Holzeinfuhr äußerst einschränken.

Die finnländischen Sägewerke haben sich in dem Finska Sägverkägarnas Försälningsförening, Helsingfors zusammengeschlossen, der dem Zentralverband der Holzveredelungsindustrien angehört. Dieser Organisation der Verkäufer steht in England eine Organisation der Importeure gegenüber, die Timber Trades Federation. Im November vergangenen Jahres wurde in London eine Holzwarenbörse eröffnet, der ca. 500—600 Mitglieder angehörten.

Über die Verkaufsbedingungen der Finnländer ist zu bemerken, daß die Verträge größtenteils in ausländischer Währung und unter der fob-Klausel abgeschlossen werden; die Mitglieder der Timber Trades Federation haben sich verpflichtet, nur unter dieser Klausel Verträge abzuschließen. An dieser Stelle sei auch der Klausel fow=first open water, d. h. Verschiffung, sobald die Eisverhältnisse es zulassen, die vielfach bei Verträgen in den Monaten Dezember bis April angewendet wird, erwähnt. Außerdem ist zu berichten, daß die finnländischen Sägewerke sich verpflichtet haben, für die Ausfuhr nach allen Ländern, ausgenommen Frankreich und Belgien, nur englisches Maß anzuwenden.

Der gegebene kurze Überblick zeigt, welch tiefgreifende Umwälzungen der Holzmarkt in der kurzen Zeit seit 1913 erlitten hat. Die zukünftige Gestaltung ist gerade bei Finnland in solcher Weise von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas, besonders Rußlands, abhängig, daß sie sich einer einigermaßen sicheren Voraussicht entzieht.

H. Gabain

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	22. 6.	22. 6.	22. 6.	22. 6.
	M	M	fl	fr
Amsterdam, 100 fl...	1306,25	1313,70	—	198,—
Barcelona, 100 Pesetas	606,50	614,40	46,25	91,50
Berlin, 100 M	—	—	7,65	15,10
Brüssel, 100 fr	307,50	306,70	23,70	46,50
Budapest, 100 K	—	21,97	—	—
Buenos Aires 100 Pes.	—	—	—	236,—
Helsingfors, 100 F.M.	170,—	172,30	—	—
Kopenhagen, 100 Kr.	615,—	606,90	46,95	92,50
Kristiania, 100 Kr...	623,75	629,25	48,80	96,50
London, 1 £	145 12 $\frac{1}{2}$	145,85	11,15 $\frac{1}{2}$	21,94
Madrid, 100 Pesetas.	606,50	614,40	46,25	91,50
New York, 1 \$	36,50	36,57	2,78 $\frac{1}{4}$	5,49
Paris, 100 fr	296,—	287,20	22,85	44,40
Prag, 100 K	35,50	35,40	—	12,65
Rom, 100 Lire	220,—	224,—	17,—	33,35
Stockholm, 100 Kr...	792,50	796,70	61,20	120,50
Wien, 100 K.... neu	26,25	26,34	2,05	3,85
Zürich, 100 fr	660,—	671,80	50,65	—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	22. 6.	22. 6.	21. 6.	19. 6.	21. 6.
	K	K	fr		\$
Amsterdam, 100 fl	5875,—	—	451,50	11,03	—
Berlin, 100 M ..	445,—	116,75	33,—	153,50	2,60
Kopenhagen, 100 Kr	2500,—	—	—	23,54	—
London, 1 £ ..	—	—	49,87	—	3,93 $\frac{3}{4}$ s. 10 p.
New York, 1 \$..	—	—	12,53	3,97	—
Paris, 100 fr	—	—	—	50,—	7,96
Wien, 100 K	—	28,—	—	—	—
Zürich, 100 fr ..	3790,—	—	228,25	22,80	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	22. 6.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark.....	—86,08	—87,77	—81,43	—85,85	—323,53	—
Dt. österr. Krone	—96,66	—96,33	—	—	—	—
Französ. Frank.	—53,47	—55,60	—50,—	—48,96	—	—
Pfund Sterling .	—7,93	—13,—	+30,12	+0,02	—	—
Dollar	+11,44	+5,98	+59,52	+23,16	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	11. 6.	17. 6.
Alexandrien	97 $\frac{1}{2}$ d pari	97 $\frac{1}{16}$ d pari
Bombay/Kalkutta	2 s 0 d—2 s 0 $\frac{1}{4}$ d	1 s 10 $\frac{1}{2}$ d—1 s 11 d
Hongkong	3 s 8 d	3 s 6 $\frac{1}{2}$ d
Schanghai	4 s 9 d—5 s 0 d	4 s 6 d—4 s 10 d
Singapore	2 s 3 $\frac{3}{4}$ d—2 s 4 d	2 s 3 $\frac{3}{4}$ d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 6 $\frac{3}{4}$ d—2 s 7 d	2 s 6 $\frac{3}{4}$ d—2 s 7 d
Montevideo T.T.	59 $\frac{1}{8}$ s d—60 d	58 d—58 $\frac{1}{2}$ d
Rio de Janeiro	15 $\frac{13}{32}$ d	14 $\frac{3}{4}$ d
Buenos Aires T.T.	58 $\frac{3}{8}$ s d—58 $\frac{7}{8}$ s d	57 $\frac{5}{8}$ s d—57 $\frac{7}{8}$ s d
Valparaiso 90 T.	11 $\frac{15}{32}$ d	11 $\frac{11}{32}$ d

Geldverfassung und Währungspolitik

In Litauen war bis jetzt der Ostrubel, der während der deutschen Okkupationszeit zur Geltung von 2 Reichsmark eingeführt wurde, in einem Betrage von ungefähr 800 Mill. im Umlauf. Es soll jetzt eine eigene Währung eingeführt werden, deren Einheit der Musztinis bilden soll. Diese Einheit soll dem französischen Franken entsprechen, durch eine besondere ausländische Anleihe gesichert und zu 40 % in Gold gedeckt sein. („Danziger Ztg.“, Nr. 262 v. 7. 6. 20.)

Eine Verordnung des lettischen Finanzministeriums erklärt sämtliches bis jetzt im Verkehr befindliche russische und deutsche Papiergeld für ungültig. An seine Stelle tritt als allein gültiges Geld das lettische, dem als Einheit 1 Latt in Gold zugrunde liegt. Auf 1 kg Gold kommen 6828 Latt. Das Goldgeld wird in Stücken von 25 und 50 Latt ausgegeben. („Der Osten“, Nr. 36 v. 30. 5. 20.)

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der polnischen und der ukrainischen Regierung ist der Kurs der polnischen Mark in der Ukraine auf 5 Karbowanzy festgesetzt worden. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 121 v. 6. 6. 20.)

Zwecks Vereinheitlichung der Valuta hat der rumänische Staat bei der Nationalbank in Bukarest eine Anleihe von 24 Milliarden aufgenommen. Ab 1. 8. werden die Bankscheine der rumänischen Generalbank eingezogen und durch Bankscheine der Nationalbank ersetzt werden. 40 % der eingetauschten Scheine sollen sofort in barem Gelde beglichen werden, für 60 % wird der Staat provisorische Quittungen ausstellen, die nach sechs Monaten zahlbar sind. („Industrie- und Handelsztg.“, Nr. 111 v. 26. 5. 20.)

Am 27. 5. kamen in New York Goldsendungen aus Asien im Werte von 33,5 Mill. \$ an. („Financial News“, Nr. 10977 v. 28. 5. 20.)

Nach der „Times“ v. 29. 5. 20 hat die argentinische Regierung neuerdings 4,5 Mill. \$ Gold nach New York überwiesen, wo sich der Fonds für die Deckung der in Argentinien ausgegebenen Noten befindet. („Überseedit“, Nr. 61 v. 5. 6. 20.)

Wie aus New York v. 16. 6. gemeldet wird, wird Argentinien für 20 Mill. \$ Gold nach den Vereinigten Staaten senden. („Information“, Nr. 170 v. 19. 6. 20.)

Wegen des gesunkenen Silberpreises hat die australische Regierung beschlossen, keine 5-Shilling-Noten auszugeben. („Financial News“, Nr. 10974 v. 25. 5. 20.)

Staatsanleihen

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht die Regelung der vom Crédit National aufzunehmenden französischen Prämienanleihe von 4 Milliarden fr. Die 8 Mill. Stücke 5-%iger Schuldverschreibungen von je 500 fr sollen in 75 Jahren ausgelost werden, bei 8 jährlichen Auslosungen sollen insgesamt 104 Obligationen mit 20 Mill. fr Prämien ausgezahlt werden. („Industrie- und Handelszeitung“, Nr. 120 v. 5. 6. 20.)

Eine ungarische Regierungsverordnung verfügt, daß die Kapitals- und Zinsenzahlungsverpflichtungen aus den vor dem 31. 10. 18 herrührenden Staatsschulden und staatlich garantierten Papieren, sowie Forderungen gegenüber den liquidierten Behörden und Instituten auf gerichtlichem Wege vorläufig nicht geltend gemacht werden können. („Industrie- u. Handelszeitung“, Nr. 115 v. 30. 5. 20.)

Auf Grund des Art. 244 des Friedensvertrages fordert Portugal von Deutschland 432 058 752 £ an Entschädigungen. („Temps“, Nr. 21 497 v. 8. 6. 20.)

Um den Kurs ihrer Anleihen zu halten, haben die Vereinigten Staaten 1839 Mill. \$ Liberty Bonds zurückgekauft und dafür kurzfristige Schatzscheine ausgegeben. („Information“, Nr. 163 v. 12. 6. 20.)

Die argentinische Regierung legt eine innere Anleihe zu 7 % auf, deren Scheine als Zahlungsmittel bei der Nationalbank angenommen werden. Man hofft, daß diese Anleihe die Staatsschulden in kurzer Zeit konsolidieren wird. („Financial News“, Nr. 10 974 v. 25. 5. 20.)

Die bolivianische Regierung hat bei einem New Yorker Bankhause eine Anleihe von 10 Mill. \$ gegen Hingabe von französischen Anleihen von 1910 und 1913, die einen Wert von 56,6 Mill. fr darstellen, aufgenommen. Bei dem gegenwärtigen Wechselkurs machte sie dadurch einen Gewinn von 4 Mill. \$, der zum Bau von Eisenbahnen verwandt werden soll. Außerdem soll eine 6-%ige Anleihe im Betrage von 8–8,5 Mill. \$ aufgenommen werden, die in 15 Jahren zurückgezahlt werden soll. („Commerce Reports“, Nr. 109 v. 8. 5. 20.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen im Mai 1920.

Aktiengesellschaften

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbegruppen	Neugründungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Zahnradfabrik Köllmann A.-G.	Leipzig	Industrie d. Maschin., App.usw.	—	2000 115
M.AchgelisSöhne A.-G. Stettiner Oderwerke, A.-G. für Schiff- und Maschinenbau	Geestemünde	Schiffbauanst.	—	750 120
ThüringerUhrenfabrik Ed. Hartmann A.-G.	Stettin	„	—	4500 8)
Badische Elektrizitäts-A.-G.	Kraftsdorf	Uhrenfabrik	—	1600 100
Elektrotechn.Fbr. Max Schorch & Co. A.-G.	Badische Elektrizitäts-A.-G.	Elektrotechn. Industrie	1500 100	—
Hackethal Draht- und Kabel-Werke	Mannheim	„	—	7875 100
Iridam A.-G.	Rheydt	„	—	12000 125
Kabelwerk Nassau A.-G.	Hannover	„	250 100	—
Kabelwerk Wilhelmshof A.-G.	Berlin	„	300 100	—
Elektrizitätswerk Schlesien A.-G.	Berlin	„	—	1000 110
Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig ..	Breslau	Elektrizitäts-Erzeugung	—	10000 100
A.-G. für Kohlensäure-Industrie	Leipzig	Gas	—	6600 120
Chemische Fabrik für Hüttenprod. A. G.	Berlin	Chem. Ind.	—	700 110
Chem. Fabriken Oker und Braunschweig.	Düsseldorf	„	—	400 125
Chemische Fabrik zu Schöningen.	Goßlar	„	—	580 100
Gebr. Keller Nfg. A.-G. Freiburg Br.	Schöningen	„	—	300 125
Oberschlesische Stickstoffwerke A.-G.	„	„	300 100	—
Dr. C. Schleußner A.-G.	Berlin	„	—	109750 100
FritzSchultz jun. A.-G.	Frankfurt	„	—	860 110
Ver. chem. Werke A.-G. Charlottenb.	Leipzig	„	—	5775 125
Ver. Ultramarinfabrik A.-G. vorm. Leverkus, Zeitner & Cons.	„	„	—	3000 135
Merck'sche Guano- u. Phosphat-W. A.-G. ..	Köln	„	—	4000 9)
Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G.	Hamburg	Düngerfabrik	—	1500 120
Stettiner Kerzen- und Seifenfabrik	Berlin	„	60000 100	—
Verein deutsch. Oelfab. A.-G. Saganer Wollspinnerei u. Weber.	Stettin	Oele, Fett, Seife	—	1200 100
Kammgarnspinnerei Gautzsch A.-G.	Mannheim	„	—	3000 100
Kammgarnspinnerei zu Leipzig	Sagan	Wollspinnerei Kammgarnspinn., u.-weber.	—	1260 100
Stehr & Co. A.-G.	Gautzsch	„	—	250 100
„	Leipzig	„	—	300 100
„	„	„	—	2000 10)

8) 4 000 000 M. zu 107 %, 500 000 M. Vorzugsaktien zu 100 %. 9) 3 000 000 M. Stammaktien zu 110 %, 1 000 000 M. Vorzugsaktien zu 100 %. 10) Vorzugsaktien zu 100 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
A. G. Lichtenberger Wollfabrik	Berlin	Tuch- u. Filzfabr.	—	1800 100
Bayer. Wolldeck-Fabr.	München	"	—	300 100
Brinkmühl A. G.	Fulda	"	—	1000 105
Filzfabrik A. G.	Insterburg	Leinenindustrie	—	500 100
Instrb. Aktienspinner.	M. Gladbach	Baumwoll	—	300 100
M. Lamberts & May A. G.	Leipzig	Spinnerei	—	500 11)
Leipz. Baumwollspinn.	Weberei	"	—	1320 12)
Mech. Baumwollspinn.	Gaustadt	"	—	80 120
u. Weberei Bamberg	Augsburg	"	—	1000 100
Mechan. Weberei am Fichtelbach	Schwarzenbach	"	—	1500 100
Oberfränk. Textilwerk A. G.	Odenkirchen	"	—	300 100
Pongs Spinnereien u. Webereien A. G.	Nordhausen	"	—	750 110
J. F. Reimann Mechan. Weberei A. G.	Hof	"	—	250 160
Spinnerei Nienhof	Augsburg	Zwirnerei	—	3750 13)
Nähfadenfabrik von Julius Schürer	Göggingen	Nähfadenfabr.	—	1350 120
Zwirnerei u. Nähfaden- fabrik Göggingen	Bremen	Jutespinn- u. Weberei	—	1200 100
Bremer Jutespinn. u. Web. A. G. Hemeling.	Brandenbg.	"	—	1200 14)
Erste Deutsche Fein- Jute-Garn-Sp. A. G.	Bamberg	Seilerw.	—	1250 15)
Mech. Seilerwarenfabr. A. G.	Chemnitz	Textil- Spez.-Fab.	250 100	—
Bachmann & Ladewig A. G.	Potsdam	"	—	7000 100
Deutsche Kolonial- Kapok-Werke A. G.	Oedt	"	—	825 110
Johs. Girmes & Co.	Leipzig	"	—	2000 100
Leipz. Tricotagenfabr. A. G.	Viersen	"	—	6000 132
Mech. Seidenweberei	Nürnberg	Bekleidg.	—	1500 100
Viersen A. G.	Penig	Papierind.	—	12000 100
Ver. Fränk. Schuhfabr. vorm. Brust	Aschaffenburg	Zellstoff usw.	—	1950 200
A. G. Patentpapierfabr.	Radewell	"	—	1500 110
A. G. für Zellstoff- und Papierfabrikation	Halle	"	—	2000 107
Ammendorf. Papierfabr.	Landsberg	"	—	1500 120
Carollwitz. Akt.-Papier- fabrik	Stettin	"	—	300 100
Industriewerke Lands- berg a. L.	Chemnitz	"	—	1725 118
Stettiner Papier- und Pappenfabrik A. G.	Bautzen	"	—	300 108
F. W. Strobel A. G.	Erlangen	"	—	1500 107
Ver. Bautzner Papier- fabriken A. G.	Offenbach	"	—	6000 100
Zucker & Co. A. G., Schreibwarenfabrik	Hannover	"	—	2700 130
Lederwerke vorm. Ph. Jac. Spicarz	Berlin	"	—	300 100
Asbest u. Gum.-Werke	"	"	—	3000 16)
Alfred Calmon A. G.	Rhänitz	Holzind.	—	1490 110
Hannov. Gummierwerke "Excelsior" A. G.	Bremen	Möbelusw.	—	1500 17)
Nordd. Gum.- u. Gutta- percha-Waren-Fabr.	"	"	—	1500 110
vorm. Fenrobert & R.	"	"	—	1500 110
Berl. Holz-Kontor A. G.	Hamburg	"	—	3750 109
Deutsche Werkst. A. G.	Nürnberg	"	—	200 100
Hans. Stuhlrohrfabrik, Rüncke & Ude A. G.	Auerbach	"	—	—
Miltenb. & Kriete A. G.	"	"	—	—
J. F. Müller & Sohn	"	"	—	—
Ver. Pinselfabriken	"	"	—	—
Vogtl. Industrie A. G.	"	"	—	—

11) Vorzugsaktien zu 100 %. 12) 1 000 000 M. Stammaktien zu 115 % und 320 000 M. Vorzugsaktien zu 100 %. 13) 2 250 000 M. zu 107 % und 1 500 000 M. zu 207 %. 14) 1 000 000 M. zu 115 % und 200 000 M. zu 105 %. 15) Davon 1 050 000 M. zu 130 % und 200 000 M. zu 150 %. 16) 2500 Aktien zu 1200 M., davon 114 Aktien zu 111,68 % und 2386 Aktien zu 125 %. 17) 1 000 000 M. zu 110 % und 500 000 M. zu 120 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen Akt.-Kap. in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Hefft'sche Kunstmühle A. G.	Maunheim	Getreidemühle	—	500 100
Pomm. Provinzial- Zuckersiederei	Stettin	Zuckerfab.	—	3600 116
Rhein. Aktien-Verein f. Zuckerfabrikation	Köln	"	—	3000 129
Zuckerfabr. Heilbronn	Heilbronn	"	—	1660 100
Zuckerfabr. Kl. Wanzl.	Kl. Wanzleben	"	—	3500 110
Zuckerraff. Tangermd. Fr. Meyers Sohn A. G.	Tangermünde	"	—	2000 100
Akt.-Malzfabr. Langen- salzar	Langensalzar	Mälzerei	—	495 100
Aktienbr. Zum Hafen und Lorenz Stätter	Augsburg	Bierbrauereien	—	1500 100
Brauerei Binding A. G.	Frankfurt	"	—	2200 18)
Breslauer Union Brau- erei A. G.	Grüneiche	"	—	300 100
Burgbräu A. G.	Waldkirch	"	—	150 100
Elbschloßbrauer. Nien- stedten	Blankenese	"	—	250 100
Hansa Brauerei A. G. früh. Bergbr. A. G.)	Stendal	"	—	500 110
Löwenbrauerei A. G.	Berlin	"	—	1800 131 1/2
Vereinsbr. Herrenhaus. A. G. F. Wulf in Werl	Hannover	"	—	750 105
Bresl. Spritfabr. A. G.	Werl	Sprit- und Preßhefefabr.	—	2500 110
Dresdn. Preßh.-u. Korn- spirit, J. L. Bramsch	Berlin	"	—	13939 19)
C. W. Kemp Nachf. A. G.	Dresden	"	—	900 132
Ver. Nordd. und Südd. Spritw. u. Preßhefe- fabriken Bast A. G.	Stettin	"	—	1000 100
Sektkellerei Wachen- heim A. G.	Nürnberg	Schaumwein- fabrikation	—	1050 107
Badische Obst- u. Ge- müeswerke A. G.	Wachenheim	"	—	500 100
Conservenfabrik Joh. Braun A. G.	Griessen	Konserven, Schok., Telgw.	600 100	—
Schwartauer Honig- werke u. Zuckerraff.	Pfeddersheim	"	—	2000 100
Bremer Cigarrenfabri- ken vorm. Biermann & Schörling	Schwartau	"	—	3000 100
Hausbau u. Wohnungs- kunst A. G.	Bremen	Zigarren	—	100 100
Oberrheinische Bau- industrie A. G.	Berlin	Baugew.	—	35 100
Wittkop A. G. f. Tiefbau	Freiburg	"	500 100	—
Dtsche. Bioscop A. G.	Berlin	"	—	850 120
Frankf. Verlagsanstalt	Frankfurt	Vervielfältigs- gew., künstl.	300 100	14500 100
Kunstanstalt B. Grosz A. G.	Leipzig	Gew., Verlag usw.	—	600 110
E. Wunderlich & Co. A. G.	Altwater	"	—	600 20)
Auslandhandel A. G.	Berlin	Handel	—	1000 100
L. A. Epstein A. G.	Frankfurt	"	2000 106	—
Extrans. Handels-A. G.	Berlin	"	1000 100	—
Kaffee-Handels-A. G.	Bremen	"	—	1000 21)
Süddt. Büro-Ind. A. G.	München	"	—	300 117
"Transito", A. G. für Handel und Verkehr	Berlin	"	100 100	—
Waren-Verkehr A. G.	"	"	300 100	—
Düsseldorf. Industrie- Verwaltungs-A. G.	Düsseldorf	Treuhand-Ges.	300 108	—
A. G. f. Kapital-Anlagen	Frankfurt	Immobil.	300 100	—
A. G. f. Kleinhausiedl.	Berlin	Verwaltungs- Gesellschaften	300 100	—
Bürohaus Friedrich- straße A. G.	"	"	6 100	—
Danziger Grundstücks- Verwertungs-A. G.	Danzig	"	2000 105	—
Friedrichstadt, A. G. f. Grundbes. v. Groß B.	Berlin	"	6 100	—

18) Davon 1 900 000 M. zu 135 %, 300 000 M. zu 145 %. 19) Davon 11 939 000 M. Stammaktien zu 112 % und 2 000 000 M. Vorzugsaktien zu 100 % (früher in Breslau). 20) Davon 400 000 M. zu 100 % und 200 000 M. zu 120 %. 21) Davon 800 000 M. Stammaktien zu 106 % und 200 000 M. Vorzugsaktien zu 100 %.

Namen	Ort	Zweck nach Gewerbe- gruppen	Neugrün- dungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %	Kapitals- erhöhungen in 1000 M. Ausgabe- kurs in %
Gemeinnützige Heim- stätten A.G.	Erfurt	Verwertungs- Verwaltungs- Gesellschaften	500 100	— —
Gemeinnützige Heim- stätten A.G.	Frankf. a. M.	"	50 100	— —
Hausbes. Groß-Berlin A.G.	Berlin	"	6 100	— —
Bank für Butjadingen A.G.	Nordenham	Banken	— —	200 100
Bremer Bank-Verein	Bremerhav.	"	— —	2000 120
Danzig. Priv.-Act.-Bk.	Danzig	"	— —	10000 155
Holländ. Creditb. A.G.	Berlin	"	— —	250 110
Kieler Bank.	Kiel	"	— —	3000 100
Niederrheinische Bk.	Wesel	"	3000 100	— —
Tondernbank.	Tondern	"	— —	300 22)
Voigtländische Credit- anstalt A.G.	Falkenstein	"	— —	6000 100
"Alemania", Rückver- sicherungs-A.G.	Frankfurt	Versichg.	300 100	— —
Deutsche Lebensvers.- Bk. "Arminia" A.G.	München	"	— —	500 100
"Helios", Assecuranz- Compagnie A.G. ...	Köln	"	300 100	— —

22) Davon 150 000 M. zu 115 % und 150 000 M. zu 120 %.

"Nordstern", Transp.- Versicherungs-A.G.	Berlin	Versichg.	5000 100	— —
"Seefahrt", Transp. u. Rückversich.-A.G.	Magdeburg	"	8000 100	— —
A.G. Bing. Nebenbahn.	Bingen	Kleinbahnen	— —	50 100
Bremer Schleppschiff- fahrts-Gesellschaft	Bremen	Seeschifffahrt	— —	110 23)
Compagnie "Colum- bus" A.G.	Danzig	"	300 100	— —
Dampfschiffahrts- gesellschaft "Argo"	Bremen	"	— —	11000 115
Hambg.-BremerAfrika- Linie.	"	"	— —	10000 174
A.G. Bürgerheim.	Essen	Hotel, Gastwirt, usw.	— —	50 100
Deutscher Studenten- dienst.	Berlin	"	300 100	— —
Mitrapo, Mitteleurop. Schlafwagen-u.Spei- sewagen-A.G.	"	"	— —	2000 105
Aachen. Thermalwass.- A.G. (Kaiserbrunn.)	Aachen	Bäder usw.	— —	340 120
Münchener Lichtspiel- kunst-A.G.	München	Theater	— —	8000 110
Zusammen			108918	480891

Fab. Landau

23) Vorzugsaktien zu 100 %.

Schifffahrt und Schiffbau

Protektionistische Schifffahrtspolitik der Vereinigten Staaten II

Nach dem Urteil der amerikanischen Presse verschiedenster Parteifärbung scheint es festzustehen, daß die Jones-Bill mit der Zustimmung sowohl der Republikaner wie der Demokraten rechnen darf. Daß sie sich insbesondere der Unterstützung der unmittelbar interessierten Reeder, Seeleute und Schiffbauer erfreut, kann nicht Wunder nehmen, denn sie bringt jeder dieser Interessentengruppen aussichtsreiche Vorteile. In Reederkreisen wird die feste Entschiedenheit, mit der sie sich für die Notwendigkeit der Überführung der staatlichen Flotte in den privaten Reedereibetrieb ausspricht, mit Genugtuung begrüßt und namentlich die Bestimmung, daß die Geschäftserträge der im Überseeverkehr beschäftigten Schifffahrtsgesellschaften für die Dauer von 10 Jahren von der Excess Profit Tax befreit sein und die gesparten Steuerbeträge für Schiffneubauten verwandt werden sollen, für eine wirksame Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Schifffahrt gehalten. Weniger erbaut ist man von der Unbestimmtheit, mit der die Bill sich hinsichtlich des Verkaufspreises der Regierungsschiffe ausläßt. Der Wunsch der Reeder geht auf Normierung eines festen Preises, der niedrig genug — etwa 100—125 \$ für die Tragfähigkeitstonne — sein müsse, um zum Kaufe anzureizen. Auch das Fehlen eines bestimmten Termins, bis zu dem der Verkauf der Staatsflotte durchgeführt und das Schifffahrtsamt zurückgetreten sein muß, begegnet mancher scharfen Kritik in den Reihen der über eigene Schiffe verfügenden Reeder, gewinnt aber andererseits der Bill die besondere Sympathie der als Funktionäre des Schifffahrtsamtes mit überwiesenen staatlichen Schiffen arbeitenden Firmen. Den Schiffbauern gefällt insbesondere, daß die Bill die von den Reedern geforderte Normierung des festen Verkaufspreises ablehnt, von der ein Ausbleiben privater Bauaufträge mit Sicherheit zu erwarten wäre; auch die Abdrängung fremder Schiffe aus dem amerikanischen Küstenverkehr, die Ausdehnung dieses Begriffes auf die Fahrt nach Kuba und den Philippinen

und die Politik der Vorzugsbehandlung der auf amerikanischen Schiffen beförderten Güter finden ihren Beifall, da alle diese Bestimmungen die Nachfrage nach amerikanischen Schiffsraum vergrößern und den Werften neue Bestellungen zuführen werden. Die Seeleute endlich sind erfreut, daß der Entwurf nicht nur die Seaman's Act anerkennt, sondern sie noch in einigen wichtigen Punkten im Sinne ihrer Wünsche erweitert. Man muß den Vätern der Bill zugestehen, daß sie durch diplomatisches Abwägen der einander oft widerstreitenden Interessen dieser nächstbeteiligten Gruppen sich schließlich die Gefolgschaft aller gesichert haben.

Zu einem recht beträchtlichen Teil gehen die der amerikanischen Schifffahrt in Aussicht gestellten Vorteile auf Kosten der fremden Flaggen. Die Bestimmung, daß die Küstenfahrt künftig ausschließlich den heimischen Schiffen vorbehalten bleiben soll, stellt den Vorkriegszustand wieder her und trifft außer der fremden Flagge die amerikanischen Verleger, deren Sache es in erster Linie wäre gegen diese Maßnahme Einspruch zu erheben. Das gleiche gilt auch für den Versuch, den amerikanischen Verkehr mit Kuba und die Philippinen in die Küstenfahrt einzubeziehen. In einem Kabeltelegramm an den Secretary of War, Mr. Baker, hat die amerikanische Handelskammer in Manila bereits nachdrücklich gegen diese Absicht protestiert. Empfindlicher schon wird die Schifffahrt der fremden Flagge die Ausdehnung des berichtigten Halbeheuer-Paragraphen der Seaman's Act auf ihre Mannschaften spüren, und mit den Bestimmungen über die niederen Eisenbahntarife für in amerikanischen Schiffen beförderte Güter sowie über das durch Kündigung sämtlicher Handelsverträge zu erstrebende Recht, die fremde Flagge durch höhere Gebühren und Abgaben nachteilig zu behandeln, lenkt die amerikanische Politik geradezu in Wege ein, die mit Notwendigkeit zu Vergeltungsmaßnahmen anderer Schifffahrtsstaaten führen müssen.

Was zunächst die Eisenbahn-Vorzugstarife anlangt, so ist zu erwähnen, daß die amerikanischen Eisenbahnen bisher den Export- und Importgütern, gleichgültig ob sie mit fremden oder heimischen Schiffen befördert wurden, geringere Fracht-

sätze bewilligten als den Gütern, die im Lande blieben. Künftig sollen nur solche Export- und Importgüter diese niedrigen Raten genießen, die mit amerikanischen Schiffen befördert werden. Wenn die Bill zur Begründung dieser Maßnahme anführt, daß Deutschland ähnlichen Methoden die Vorkriegsblüte seiner Handelsschifffahrt verdankt, so liefern ihre Verfasser damit nicht gerade den Beweis einer zureichenden Kenntnis der einschlägigen deutschen Verhältnisse. In der amerikanischen Schifffahrtspresse ist dieser Passus des Entwurfs denn auch nicht ohne Widerspruch geblieben. Von sachverständiger Seite wurde in der New Yorker „Nautical Gazette“ dargelegt, daß außer für gewisse Verschiffungen der deutschen Ost-Afrika-Linie und der deutschen Levante-Linie Eisenbahn-Vorzugstarife zugunsten der heimischen Flagge in Deutschland unbekannt waren und daß auch die von englischer Seite aufgestellte Behauptung, solche Vergünstigungen würden im geheimen gewährt, bisher unbewiesen geblieben ist.

Die Einführung von Vorzugstarifen ist ein Angriff, dem nicht durch den unzutreffenden Hinweis auf analoge Methoden der Konkurrenz der Anschein berechtigter Abwehr gegeben werden kann. Wird die neue Bestimmung, woran kaum zu zweifeln ist, Gesetz, so wird abzuwarten sein, ob sie vom Ausland ohne Vergeltungsmaßnahmen hingenommen wird. Daß diese Gefahr von den amerikanischen Reedern nicht gering geschätzt wird, geht aus manchen Presseäußerungen hervor. In den gesetzgebenden Körperschaften scheint die Mehrheit jedoch den Standpunkt des Vorsitzenden des Schifffahrtsamtes zu teilen, der kürzlich äußerte, daß die amerikanische Handelsflotte ohne gewisse artificial supports nicht im Wettkampf mit der fremden Schifffahrt bestehen könne und daß die Vereinigten Staaten etwaigen Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes gegenüber zu ungefähr 80 % im Vorteil wären, da die Eisenbahnstrecken in den anderen Schifffahrtsländern durchweg sehr viel kürzer seien als in Amerika, Vorzugstarife dort also weit weniger ins Gewicht fallen würden.

Am stärksten und unverblümtesten kommt der protektionistische Charakter der Bill in der Forderung zum Ausdruck, den Präsidenten zu beauftragen, innerhalb 90 Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes sämtliche Handelsverträge zu kündigen, die das Land hindern, der fremden Flagge erhöhte Gebühren, Tonnengelder usw. aufzuerlegen. Nach Angabe amerikanischer Zeitungen würden davon mindestens 22 Handelsverträge betroffen werden. Das kunstvolle Netzwerk internationaler Verträge und Abkommen, das vor sechs Jahren alle Völker umschloß, befindet sich, so verkünden die Fürsprecher dieses drastischen Verlangens, zurzeit in einem chaotischen Zustande. Frankreich habe bereits 1918 seine Absicht kundgegeben, sämtliche Handelsverträge mit Meistbegünstigungsklauseln zu kündigen. Spanien löse seine Verträge mit Schweden, der Schweiz, Holland, Norwegen und Dänemark; Italien habe die gleiche Absicht gegenüber der Schweiz, Spanien, Frankreich, Japan, Rumänien, Serbien und Griechenland. Auch aus Norwegen, Griechenland, Schweden, Ungarn und Großbritannien komme die Nachricht von Vertragskündigungen. Für die Vereinigten Staaten handle es sich darum, alle Verträge zu kündigen, die sie hindern, zu jenem System der discriminating duties zurückzukehren, das schon einmal — in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts — die Blüte der amerikanischen Schifffahrt herbeizuführen geholfen habe. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kündigung der Handelsverträge noch nicht die Erhebung von Flaggenzuschlägen und Tonnengeldern bedeute, daß es vielmehr lediglich darauf ankomme, dem Lande die Möglichkeit zu geben, diese Maßregeln nötigen Falles anzuwenden.

Der Wunsch, ihre Schifffahrt mit allen Mitteln voranzu-

bringen, läßt die Amerikaner übersehen, daß ein gelöster Vertrag auch dem andern Vertragskontrahenten die Hände frei macht. Wie die übrigen Schifffahrtsstaaten sich zu den amerikanischen Absichten stellen, ist noch nicht erkennbar. Daß England die Geschieke der Jones Bill mit wachsamem Auge verfolgt, wurde den Frägern im Unterhaus erst jüngst durch Bonar Law ausdrücklich bestätigt. Vielleicht, daß das bei dieser Gelegenheit von dem Reeder-Abgeordneten Houston geäußerte Witzwort, Nachahmung sei eine besondere Form der Schmeichelei, die Richtung angibt, in der sich die künftige Schifffahrtspolitik Englands den Vereinigten Staaten gegenüber bewegen wird.

Letzten Nachrichten zufolge hat ein aus je fünf Mitgliedern des Senates und des Repräsentantenhauses zusammengesetztes Konferenz-Komitee den Entwurf durchberaten, ihn in manchen Punkten (Küstenlinien brauchen nur zu 75 % amerikanisches Eigentum sein, Verkauf von Schiffen an das Ausland unter gewissen Voraussetzungen gestattet, der bisher auf 50 Mill. \$ jährlich bemessene Betrag zugunsten neuer Schiffsbauten wird auf die Hälfte herabgesetzt, u. a. m.) geändert, in seinen Grundzügen aber unverändert gelassen. Hat er, wie gemeldet wird, in dieser Formulierung die Zustimmung beider Häuser und der Regierung gefunden, so haben die Vereinigten Staaten das größte und umfassendste Schifffahrtsgesetz, das ihre Geschichte kennt, erhalten.

A. K.

Deutschland

Hamburg-Westafrika. Der unter der Firma Vereinigte Nederlandsche Scheepvaart Maatschappij vor kurzem gebildete Konzern holländischer Linien beabsichtigt in Verbindung mit seiner Holland-Afrika Linie einen regelmäßigen dreiwöchentlichen Dienst von Hamburg über Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Bordeaux und Lissabon nach Las Palmas (Teneriffe), Dakar, Bathurst, Bissao, Konakry, Freetown, Monrovia, Grand Bassam, Sekondi, Accra, Lome, Cotonu, Lagos, Forcados, Duala, Fernando Po, Cap Lopez, San Thome und sonstigen Häfen der afrikanischen Westküste einzurichten. Die meisten der genannten Plätze standen früher durch den gemeinsamen Dienst der Woermann Linie, Hamburg-Amerika Linie und Hamburg-Bremer Afrika Linie mit Hamburg in regelmäßiger Verbindung. Der erste Dampfer der holländischen Linie soll am 24. 7. von Hamburg expediert werden.

A. K.

Frankreich

Compagnie Havraise Peninsulaire de Navigation à Vapeur. Die Gesellschaft hielt am 20. 5. 1920 ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die Bruttogewinne des Jahres 1919 betragen 37 854 279.— fr. Davon sind abzuführen: Allgemeine Ausgaben 20 104 886.— fr, Amortisation, Verzinsung und Generalunkosten 10 400 546.— fr, Rückstellung für Kriegssteuer 2 071 552.— fr, zusammen 32 576 984.— fr. Von dem verbleibenden Reingewinn in Höhe von 5 277 295.— fr wird eine Dividende von 200.— fr bezahlt.

Die Gesellschaft ist im Jahre 1919 eine Interessengemeinschaft mit der Compagnie de l'Océan Indien, der sie einen Teil ihrer Geschäfte in Madagaskar überwies, eingegangen, sowie mit der Société de Navigation Transocéanique, die ebenfalls einen Teil der Dampfer der Compagnie Havraise Peninsulaire de Navigation à Vapeur unter ihre Regie nimmt.

P. W.

La Compagnie Auxiliaire de Navigation. Diese Gesellschaft hat zusammen mit der Compagnie Générale du Maroc und deren Filialen, der Compagnie Marocaine, le Crédit Foncier d'Algérie et de Tunisie die Compagnie Maritime Du Maroc gegründet. Die Gesellschaft verfolgt plangemäß ihre Absicht in Gemeinschaft mit ihrem Verladern neue Reedereien zu gründen, die die durch den Ausfall der deutschen Schiffe entstandene Lücke ausfüllen sollen.

P. W.

Holzschiffe aus Amerika. Einer Halifaxer Meldung an das Journal de la Marine Marchande ist zu entnehmen, daß 12 auf einer Werft am St. Lorenzstrom auf französische Rechnung erbaute Schiffe nunmehr ihre Ausreise nach Frankreich antreten. Die Schiffe wurden während der letzten Zeit des Krieges bestellt und 1919 im Herbst fertiggestellt. Nach Überwinterung in Halifax konnten 3 bereits diesen Hafen verlassen, während der Rest bald folgt.

P. W.

Rohstoffe und Warenmärkte

Drogen und Chemikalien

Chinin. Die vereinigten Chininfabriken Zimmer & Co., Frankfurt a. M., schreiben in ihrem Jahresbericht: In der ersten Hälfte 1919 wurden nach Holland noch keine Rinden verschifft, erst im zweiten Halbjahr kamen nach und nach kleine Partien herein, so daß sich bis Ende Dezember 3574 Kolli in Amsterdam ansammelten. Verkäufe von Fabrikrinden fanden im ganzen Jahre nicht statt, jedoch wurden seit Oktober die Auktionen von pharmazeutischen Rinden wieder regelmäßig abgehalten und außerordentlich hohe Preise erlöst. Die Fabriken konnten sich infolgedessen nicht auf die gewohnte Weise mit Rinden für die Chininfabrikation versehen, die holländischen Werke liegen bekanntlich schon seit längerer Zeit still und auch die deutschen Fabriken kamen inzwischen zum Stillstand oder waren nur mit Anfarbeitung von Rückständen beschäftigt. Die Fabriken in den Eutentelländern wurden direkt von Java mit Rinden beliefert; bei weitem der Hauptanteil an der Chininversorgung fiel aber, wie schon in den vorhergehenden Jahren der Javafabrik zu. Unter diesen Umständen ist die Aufstellung eines Durchschnitts-Units für das Jahr 1919 nicht möglich.

Die Chininpreise haben im Laufe des vergangenen Jahres ungeahnte Steigerungen erfahren. Während anfangs der Inlandspreis noch 70 fl + 25 %, der Auslandspreis 90 fl + 25 % betrug, mußte zunächst in Übereinstimmung mit dem internationalen Markte der Auslandspreis auf 175, sodann auf 200 fl erhöht werden; im Sommer folgte der Inlandsmarkt mit Erhöhungen auf 132, 190 und 250 fl . Mit zunehmender Erhöhung aller Rohstoffpreise und Löhne sowie namentlich mit der Verschlechterung der Valuta stiegen sodann die Preise in raschen Sprüngen, ohne daß damit der Wertstand des Auslandes erreicht wurde. Für letzteren kann der holländische Preis von 65 fl als Maßstab gelten, welcher bei einem Kurs von etwa 1900 im Dezember sich auf 1235 fl stellte. Der Preis der zweiten Hand in London belief sich auf 5 s 3 d je oz, was etwa 1600 fl je kg entsprach.

Die Nachfrage im Inland und Ausland war sehr stark, konnte indessen seitens der deutschen Fabriken nur schwer befriedigt werden, da ihre Vorräte stark auf die Neige gingen, namentlich wurde der Export dadurch sehr verhindert. Erschwerend kam ferner in Betracht, daß der Friedensvertrag die Ablieferung der Hälfte der Vorräte von Chinin und Chininarinde von den deutschen Fabriken fordert. Die entsprechenden Mengen mußten zurückgestellt werden und wurden dadurch dem Verbrauch entzogen.

Wie aus einem Bericht von R. Schulze über die Chininergewinnung in Mpuapua-Kilossa während des Feldzuges in Deutsch-Ostafrika hervorgeht, sind dort trotz vieler Schwierigkeiten und mit den primitivsten Mitteln größere Mengen Chinin aus den Chinarinden-Pflanzungen gewonnen worden. Von den amtlich verausgabten 1000 kg Chininpräparaten wurde die Hälfte in der Kolonie selbst hergestellt.

Die Verschiffungen von Chininarinde von Java betrugen in 1000 holl. Pfunden:

1919	11 802	1917	3 129	1915	14 021
1918	4 880	1916	17 153		

Von den 1919 ausgeführten Mengen gingen nach:

Holland	1264	Brit. Indien	4	Japan	818
Ver. Staaten	4214	Singapore	290	Übrige Länder	598
England	4614				

Der Durchschnittsgehalt der in Amsterdam verkauften Rinden war in %:

1919	1918	1917	1916	1915
—	4,8	6,17	6,17	6,25

Die Einfuhren in London betrugen (Ballen):

von	1919	1918	1917
Brit. Indien	469		634
Ceylon	26		—
Java	7 509	3931	7425
Afrika	350		—
Südamerika	4 343	1784	3 841
Insgesamt	12 697	5715	11 900

Die Vorräte in erster Hand betrugen (Kolli):

	31.12.19	31.12.18
Amsterdam	3574	837
London	3723	3867

Der Vorrat an Chininsulfat in London am Jahresschluß betrug (oz):

31.12. 1919	1918	1917	1916	1915
407 824	217 360	128 688	1 255 120	1 555 616

Kokain. Infolge der ungeheuren Wertsteigerung ist das Kokain in den letzten Jahren zu einem Lieblingsartikel der Schieber geworden und zu wahnsinnigen Preisen unter der Hand gehandelt worden, wozu noch die Überhandnahme des Kokainmißbrauchs in weiten Kreisen der vergnügungssüchtigen Welt sehr stark beitrug. Eine weitere Folge war das Zunehmen von Verfälschungen.

Die Javaverschiffungen von Kokablättern betrugen:

	1919	1918	1917	1916	1915
Kolli	11 740	41	310	3337	20 276

In Amsterdam wurden verkauft:

	1919	1918	1917	1916	1915
	6 186	444	5679	4832	7 326

Der Vorrat erster Hand in Amsterdam betrug am 31.12.:

	1919	1918	1917	1916	1915
	3 518	—	403	5877	9 570

Die Zufuhren und Umsätze haben sich also im letzten Jahre sehr stark gehoben. Das Durchschnittsunit betrug 67,17 cts. Der Verkaufspreis von Cocain hydrochloricum stieg von 500 fl auf etwa 6000 fl je kg.

Kautschuk

Statistik. Der „Worlds Rubber Position“ entnehmen wir folgende Zahlen:

Weltproduktion in tons:

	1920	1919	1918	1917	1916	1915
Pflanzungs-Kautsch.	360 000	340 225 ¹⁾	200 950 ²⁾	8 200	—	—
Brasil-Kautschuk	35 000	34 205	30 700	40 800	26 750	27 136
Übrige Sorten	8 000	7 350	9 929	21 500	—	—
Insgesamt	403 000	381 860	241 579	70 500	53 890	—
Zu- od. Abnahme %	+ 5,5	+ 58,0	— 9,0	—	—	—

¹⁾ einschl. 55 000 t von 1918. ²⁾ Ausfuhr.

Anbauflächen (acres) der Pflanzungen:

	1919	1918	1917	1916	1915	1914
Für d. Jahr	130 800	148 600	152 400	165 200	241 400	116 500
Überhaupt	2910 750	2759 950	2611 350	2458 950	1122 550	116 500

Davon stellen etwa 70,9 % den Anteil der Vereinigten Malayenstaaten, Straits, Ceylons, Indiens, Birmas und von Brit. Nord-Borneo dar.

Weltverbrauch in tons:

	1919	1918	1917	1916	1915	1914
Ver. Staaten	217 000	142 772	177 088	116 475	49 851	—
England	42 520	30 104	25 983	26 760	18 640	—
Frankreich	22 000	18 000	17 000	14 000	6 500	—
Italien	14 000	9 800	9 000	6 500	2 000	—
Japan u. Australien	12 000	7 400	4 500	4 500	1 300	—
Kanada	9 500	8 300	6 287	4 000	2 000	—
Belgien	5 000	—	—	—	3 000	—
Nord. Länder	7 000	5 000	5 323	4 525	1 500	—
Deutschl. u. Österr.	4 000	1 000	3 000	3 600	18 500	—
Rußland	1 500	2 000	7 500	7 500	9 000	—
Zusammen	334 520	224 376	255 075	189 760	112 291	—

Brasilien. Aus dem Amazonas Gebiet wurden lt. „J. M.“ 1919 38 428 t Kautschuk ausgeführt gegen 27 740 t in 1918. Von der 1919 verschifften Menge gingen 27 093 t nach den Vereinigten Staaten, der Rest von 11 327 tons nach Europa.

Niederländisch-Indien. Die Anbauflächen zeigten nach dem „Verslag omtrent Handel, Nijverheid en Landbouw van N.-J.“ in den letzten Jahren eine stetige Zunahme (ha):

	1914	1917	1918
Java	38 538,1	56 700,9	73 292,9
Übrige Inseln	98 564	108 359,9	150 221,3

Die Zahlen geben nur die Flächen der ausschließlich Kautschukbau treibenden Plantagen.

1918 bestanden auf Java und Madoera 393 Pflanzungen mit 153 020,3 ha. Der Anteil der verschiedenen Sorten verteilte sich 1918 folgendermaßen (ha):

	Java	Übr. Inseln	Zus.
Hevea brasiliensis	68 628,7	147 293,5	215 922,2
Ficus elastica	3 766,4	2 927,8	6 694,2
Castilloa elastica (1917)	227,1	—	227,1

Häute und Felle

Argentinien. Im Jahre 1919 wurden 1,587 Mill. trockene Kuhhäute, 3387 Mill. gesalzene Häute und rund 1/2 Mill. Stück Roßhäute ausgeführt. Den Hauptanteil an den Ausfuhren von gesalzene und ungesalzene Häuten hatten die Ver. Staaten, wie folgende den „Com. Rep.“ entnommenen Zahlen (1000 St.) zeigen:

	nach trocken	gesalzen		nach trocken	gesalzen
Ver. Staaten.	914	2235	Frankreich ...	46	77
Spanien.....	274	—	Schweden.....	24	288
England.....	90	562	Dänemark ...	1	62
Italien.....	63	5	übrige Länder	109	102
Holland.....	61	53			

Gerbstoffe

Die Vereinigten Staaten führten 1919 144,5 Mill. lbs Quebrachoextrakt ein gegen 131,1 bzw. 108,9 Mill. in den beiden Vorjahren. Welche Fortschritte die Verarbeitung des Quebrachoholzes in Argentinien selbst gemacht hat, ersieht man aus einer Angabe des „Bull. of the Pan American Union“, nach der die Ausfuhr von Quebrachoholz in acht Monaten 1919 nur 3004 t gegen 265 182 t in der gleichen Zeit 1914 betrug, während diejenige von Quebrachoextrakt von 50 046 t auf 106 967 t gestiegen ist.

Öle und Fette

Über die Lage auf dem Leinölmarkt schreibt der „Oil Paint and Drug Rep.“: Erzeugung und Verbrauch von Leinöl in denjenigen Ländern, mit Ausnahme Rußlands, von denen Statistiken zugänglich sind, betrug vor einem Jahrzehnt 75 Mill. bushels. Nach Schätzung der kanadischen, amerikanischen, argentinischen und indischen Ernten sind für die Verbraucher der Welt etwas weniger als 60 Mill. bushels

Leinöl in Sicht, das würde etwa 150 Mill. Gallonen Leinöl bedeuten. Im Vergleich mit dem Verbrauch vor einem Jahrzehnt würde das auf ein Fehlen von 15 Mill. bushels schließen lassen. Ob Europa im Jahre 1920 ebensoviel von dem Weltvorrat an Leinöl aufnehmen wird, wie im Jahre 1919 und in den Vorkriegsjahren, erscheint zweifelhaft. Deutschland kommt gar nicht in Frage, Holland und Dänemark, die vor dem viel Leinöl einfuhrten, führten sie zum größten Teil wieder nach Deutschland aus. Selbst England ist nicht imstande, andere als dringend erforderliche Waren einzuführen. Da jedoch der Verbrauch in den Vereinigten Staaten ungeheuer ist, dürften die jetzigen Weltvorräte an Leinöl zweifellos verbraucht werden, so lange die Vereinigten Staaten einen Teil ihrer Leinöl einführen müssen. Die Anbaufläche der Vereinigten Staaten betrug in den drei Jahren 1917/18/19 nach amtlichen Zahlen 1,8 Mill. acres, davon wurden jährlich etwa 10,6 Mill. bushels Leinöl geerntet. Diese Menge reicht nicht zur Befriedigung des inländischen Verbrauchs aus, die Vereinigten Staaten sind daher in der Belieferung mit Leinöl auf Kanada und Argentinien angewiesen. Der jetzige Verbrauch an Leinöl übersteigt alles bisher dagewesene. In Argentinien betrug die letzte Leinöl-ernte rund 42 Mill. bushels, wovon 8,5 Mill. in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. nach den Vereinigten Staaten verschifft wurden. Nach Abrechnung der 5 Mill. bushels Leinöl, die in Argentinien als Saat und zur Verarbeitung zurückbehalten werden, würden etwa 37 Mill. bushels für die Ausfuhr zur Verfügung stehen. Aus Indien laufen günstige Berichte über die Winterleinöl-ernte ein, und es ist möglich, daß auch mehrere Mill. bushels aus Rußland ausgeführt werden können. Jedoch ist auf die Zufuhren aus Rußland kein Verlaß. Kanada scheint den Flachsbau nicht in der Weise ausdehnen zu wollen, wie es seine Bodenverhältnisse gestatten würden. Das Land ist dünn bevölkert, der Bedarf an Leinöl ist daher nicht groß; der Überschuß muß ausgeführt werden.

Vermischtes

Eine neue Russisch-deutsche Bank in Berlin. Dem „Golos Rossii“ wird mitgeteilt, daß am 1. 8. eine neue Russisch-deutsche Bank ihre Tätigkeit beginnt. Die Bank ist von einer Gruppe russischer Kapitalisten mit Beteiligung der Darmstädter Bank gegründet worden. Das Kapital soll vorläufig 10 Mill. M betragen. Die Leitung liegt in den Händen des bekannten russischen Bankiers J. G. Kogau.

Zur Liquidierung des deutschen Elgentums in Ägypten. In dieser Frage hat der britische Oberkommissar Viscount Allenby, soweit die Bestimmungen ihm freie Hand ließen, gezeigt, daß ihm großzügige Auffassung und anständige Gesinnung nicht fehlt. Die im April veröffentlichte „erste Liste“ enthält zwar 700 Namen von Deutschen, deren Privatbesitz verkauft wird, darunter auch derer, die Beamte der ägyptischen Regierung waren und der deutschen Schule. Aber unter „persönlichen Sachen und Dingen von geringem Werte“, die nicht enteignet werden brauchen, versteht Allenby „Einrichtungsgegenstände und persönliche Habe im Werte bis zu 1000 LE zur Vorkriegszeit für jeden Kopf“. Die Mehrzahl der Betroffenen wird deshalb ihren gesamten Hausrat behalten. H. Z.

Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Auswanderungsproblem

„Paraguay.“ Winke für Einwanderer. Hrsg. unt. Benutzung amtl., privater und eigener Quellen vom Deutschen Volksbund für Paraguay, bearb. u. zsgest. von R. John. Asuncion: Krauss 1919. 51 S.

Die an manchen Stellen leider nur etwas zu kurz gefasste Broschüre zeichnet ein anschauliches Bild von dem, was Paraguay dem deutschen Einwanderer zu bieten vermag und enthält zahlreiche beherzigenswerte Winke über paraguayische Verhältnisse. W.

„Argentinien“ in geograph., geschichtl. und wirtschaftl. Beziehung. Von Wilhelm Schmidt-Klugkist und Christian Grotewold. 2. Aufl. T. 1-2. Hannover: Hahn 1919. 510 S.

Die Neuauflage dieses bekannten Werkes wird allen Argentinien-Interessenten willkommen sein, wenn es den Verfassern auch nicht möglich war, die neueste Entwicklung überall zur Darstellung zu bringen. Immerhin reichen die mitgeteilten Statistiken usw. meist bis 1915. W.

„Leitstern für Auswanderer nach Argentinien, Brasilien, Mexiko.“ Nach amtl. Quellen und mit Benutzung der neuesten Einwanderer-Gesetze. Von Maximilian Maulbecker. Berlin-Friedenau: Nova-Verl. 1919. 60 S.

Die Broschüre ist viel zu kurz gefaßt, um das sein zu können, was ihr Titel verspricht. Nicht unbedenklich ist die Empfehlung Mexikos als Siedlungsland für Deutsche. Anf Grund des angeführten argentinischen Heimstätten-gesetzes ist Land z. Zt. noch nicht erhältlich. W.

„Argentinien als Ziel des deutschen Auswanderers“ von Paul Friedrich Heintze. Buenos Aires (1919). 32 S.

„Argentinien ist in keiner Beziehung und in keinem seiner Teile ein Schlaraffenland“. Das ist die Quintessenz der kleinen leserwerten Schrift, in der der Verfasser besonders auf die Gefahren des herrschenden Pachtsystems hinweist. W.

„Brasilien.“ Ein Wegweiser zur Bearbeitung des brasilianischen Urwaldes, Lebensführung und Erwerb im Urwald. Von Max Schindler. Hamburg: Thaden (1919). 18 S. Eine kleine Plauderei mit nützlichen Ratschlägen. W.

„De Unie van Zuid-Afrika.“ Inlichtingen en wenken voor hen, die over landverhuizing denken. Utg. door de Nederl. Vereeniging „Landverhuizing.“ (s'Gravenhage, 1919). 80 S. 1 Kt.

Ein sehr brauchbares Handbüchlein, das in knapper Form alles für den Auswanderer Wichtige enthält. W.

„Australien.“ Das Land der Zukunft für Handwerker, Gewerbetreibende und Ansiedler. Eine Aufklärungsschrift für Auswanderer! Von R. Grohe. München: Dietl. (1919). 15 S.

Das Schriftchen enthält manches Brauchbare, läßt aber die Frage der Einwanderungsmöglichkeit offen. W.